
Geschichte Österreichs – ein neues Standardwerk

Rezension von: Ernst Bruckmüller,
Österreichische Geschichte.
Von der Urgeschichte bis zur Gegenwart,
Böhlau Verlag, Wien 2019, 692 Seiten,
gebunden, € 47;
ISBN 978-3-205-20871-6.

Ernst Bruckmüller, einer der renommiertesten Historiker des Landes, legt nun eine einbändige Geschichte Österreichs vor. Schwerpunkte seiner Forschungstätigkeit sind u. a. Sozialgeschichte („Sozialgeschichte Österreichs“, 1985 bzw. 2001; Herausgeber von „Armut und Reichtum in der Geschichte Österreichs“, 2010; Mitherausgeber des zehnbändigen Werks „Bürgertum in der Habsburgermonarchie“, 1990-2004), Landwirtschaftsgeschichte (Mitherausgeber von „Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert“, 2002-03) und Identitätsgeschichte („Österreichbewußtsein im Wandel“, 1994; Mitautor von „Essay über Österreich“, 2005).

In räumlicher Hinsicht befasst sich Bruckmüller vorrangig mit der Geschichte des Gebiets der heutigen Republik Österreich, aber auch mit jener der mitteleuropäischen Regionen, die von den Habsburgern regiert wurden. Und stets bettet der Autor seine Darstellung in die europäische Geschichte ein: „Der Blick zurück auf die österreichische Geschichte soll bewusst machen, dass diese immer schon eine eminent ‚europäische‘ war“ (S. 11).

Mittelalter

Im 3. Kapitel über das Hochmittelalter erläutert Bruckmüller die Kolonisation, im Zuge derer eine „weitgehend einheitliche, herrschaftlich abhängige, aber ökonomisch selbstständige Bauernschaft“ (S. 59) entstand, die Städte- und Klöstergründungswellen, die Landesbildung in der Steiermark und im babenbergischen Österreich, in Tirol und Salzburg einschließlich der territorialen Integrationsprozesse und der Herausbildung je spezifischer Landrechte.

Abschließend fasst der Sozialhistoriker zusammen, wodurch sich die sozialen Strukturen der im Hochmittelalter entstandenen Länder, die er „territorialisierte Personenverbandsstaaten“ nennt, auszeichneten. Diesen stärker auf ein bestimmtes Territorium bezogenen staatlichen Einheiten entsprach jeweils ein Personenverband, der nur einen kleinen Teil der Einwohnerschaft ausmachte: die Ministerialen der Landesfürsten, deren niedere Ritter und die ritterlich-bürgerliche Oberschicht der Städte. Aus den Ministerialen der Landesfürsten wurden Dienstleute des Landes und noch im 13. Jh. „Landherren“, der Kern des späteren „Herrenstandes“, die oberste Adelskurie der Landtage des Spätmittelalters. Die dem Personenverband des jeweiligen Landes angehörenden Gruppen, die Landherren, die Ritter und die städtische Oberschicht, bildeten ab dem Spätmittelalter die Landstände. Schon an der konzisen und knappen Darstellung der Entwicklungen und Strukturen des Hochmittelalters werden die Schwerpunkte von Bruckmüllers Werk deutlich: politische Geschichte und insbesondere Sozialgeschichte. Aber auch Wirtschafts- und Kulturgeschichte kommen keineswegs zu kurz.

Im Spätmittelalter (Kap. 4) endete die Bevölkerungsexpansion. Aufgrund der großen Pestwellen ab 1349 und der folgenden Hungersnöte sank die Bevölkerung in weiten Teilen Europas um rd. ein Drittel. In Mitteleuropa konnte dieser drastische Bevölkerungsverlust erst im 16. Jh. wieder ausgeglichen werden. Zahlreichen Wüstungen standen freilich erhebliche Bevölkerungskonzentrationen in den alpinen Regionen des Edelmetallbergbaus, der Eisengewinnung und -verarbeitung sowie des Salzbergbaus gegenüber.

Die wirtschaftliche Dynamik kam also keineswegs zum Stillstand. Sie konzentrierte sich auf das Verkehrswesen, den Bergbau und Teile des Gewerbes, u. a. die Eisenproduktion, und diese Wirtschaftsbereiche prägten erstmals ganze Landstriche. Dementsprechend gestaltete sich der Wandel der Beschäftigungsstruktur: Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung fiel von über 90% zu Beginn des 14. Jh.s auf unter 80% am Ende des Mittelalters, und dies zugunsten von Bergbau, Handwerk und Handel. Infolgedessen stiegen die Bevölkerungsanteile der Städte und Märkte.

Die Bevölkerungskatastrophe aufgrund des „Schwarzen Todes“ und die resultierende Arbeitskräfteknappheit trugen dazu bei, die wirtschaftliche und soziale Situation der Bauern zu verbessern. Noch in der ersten Hälfte des 14. Jh.s war das für die Bauern sehr unangenehme „Freistift“, die Leihe des Hofs auf ein Jahr, weit verbreitet. Mit den Pestzügen endete die Konkurrenz der Bauern um den Boden, und alles kehrte sich um: „Nicht mehr die Bauern suchten Boden, sondern die Grundherren suchten Arbeitskräfte, die ihre öd gewordenen Höfe bewirtschafteten“ (S. 125).

Änderungen im oberen Bereich der sozialen Hierarchie waren das Aufgehen zahlreicher Rittergüter in größeren Herrschaften und die Ausbildungen großer Grundherrschaften neuen Typs, bewirkten somit die Konzentration adeligen Grundbesitzes. Die Trennung zwischen „Adeligen“ und „Nichtadeligen“ wurde infolgedessen schärfer. Neue soziale Organisationsformen (Bauerngemeinden, Handwerkszehen, Bruderschaften etc.) entwickelten sich in allen Bevölkerungsschichten. Den sozial deutlich stärker gewordenen Gemeinden standen die „Herren“ gegenüber: „Herren‘ auf der einen, ‚gemeine Leute‘ auf der anderen Seite – das ist, kurz zusammengefasst, das Ergebnis des sozialen Wandels des Spätmittelalters“ (S. 127).

Besonders ausgeprägt waren die spätmittelalterlichen technischen, organisatorischen, finanziellen und sozialen Veränderungen im Bergbau und in der Eisenproduktion: neue Organisationsweisen und Finanzierungsmodi der Produktion, neue Arbeitsverhältnisse, neue Kooperationen der Arbeitnehmer; konkret etwa die Organisation der Produktion im Verlagwesen, die Kooperation der Eisenhändler im Rahmen von Aktiengesellschaften, das Eindringen von externem Handelskapital und die Trennung von Unternehmerfunktionen (Kapitalbeschaffung und Absatz einerseits, Betriebsführung andererseits). In Teilen des Bergbaus kam es zur Durchsetzung von permanenter Lohnarbeit für die Knappen, was diesen immerhin die Möglichkeit eröffnete, eigene Familien zu gründen. Knappen-Bruderschaften dienten u. a. der gegenseitigen Hilfeleistung bei Arbeitslosigkeit, Invalidität, Krankheit und tödlichen Unfällen sowie der Artikulation gemeinsamer Interessen gegen-

Frühe Neuzeit

In der Frühen Neuzeit (Kap. 5) wurde der Ackerbau weiterhin zumeist in der Form der Dreifelderwirtschaft (einjährige Brache alle drei Jahre) praktiziert. Roggen, Gerste, Hafer und Weizen waren die dominanten Getreidesorten. Im späten 16. Jh. breiteten sich Spezialkulturen wie Flachs, Hopfen, Raps u. a. aus. In Niederösterreich war Wein ein Exportgut von überragender Bedeutung.

Die landwirtschaftliche Krise dieser Epoche, insbesondere des 17. Jh.s, äußerte sich in fallenden Hektarerträgen, sinkender Pro-Kopf-Produktivität und rückläufiger Produktion. Die Ursachen waren vielfältig: klimatische Verschlechterungen, welche Missernten und Hungersnöte nach sich zogen; wiederkehrende Pestzüge; die zahlreichen Kriege, wobei in erster Linie die Osmanenkriege und der Dreißigjährige Krieg massive Bevölkerungsverluste, letzterer v. a. im Wald- und im Weinviertel, forderten. Unter den häufigen Einfällen der osmanischen Mordbrenner zwischen 1469 und 1683 im östlichen und südöstlichen Ostalpenraum litt in besonderem Maße die ungeschützte Landbevölkerung. Die nicht zuletzt infolge der Kriege steigende Abgabenbelastung der Bauern „dämpfte die ökonomische Initiative, v. a. die Investitionsneigung“.¹ Die Bauern reagierten auf die Absatzkrise und die Missernten mit Produktdifferenzierung, mit dem Anbau von Buchweizen als Zweitfrucht, gegen Ende des 17. Jh.s mit Maisanbau, mit der Aufnahme verschiedener gewerblicher Tätigkeiten, vom Spinnen und Weben bis zur Holzwirtschaft.

Abgaben- und Roboterhöhungen sowie neue Steuern und das Versagen

der Landesherren bei der Landesverteidigung gegenüber den osmanischen Einfällen waren auch die wichtigsten Gründe für eine Reihe von kleinen und großen, letztlich immer niedergeschlagenen Bauernaufständen zwischen 1478 und 1635. Besonders berüchtigt waren die Ausbeutungspraktiken von Pfandherren (welche die den Landesfürsten gewährten Darlehen auf Kosten der Untertanen der ihnen als Pfand übergebenen Herrschaften rasch heinzubringen trachteten) und den sog. „Pfleger“, bei welchen es sich um Herrschaftsverwalter mit allen Vollmachten handelte. Einige der Führer dieser Aufstände entwickelten Programme für eine grundlegende – demokratische und egalitäre – Umgestaltung der Gesellschaft, etwa die Anerkennung der Bauern als politischer Stand. Zu nennen sind hier vor allem die vom Tiroler Michael Geismair initiierten „Meraner Artikel“ von 1525 und dessen republikanische „Tiroler Landesordnung“. In diesen Konzepten schlug sich die Wirkung der Reformation nieder, welche einen völligen Neuaufbau der Gesellschaft zur Denkmöglichkeit werden ließ.

Im 17. Jh. erfasste die weite Teile Osteuropas prägende Tendenz zur „zweiten Gutsherrschaft“ auch Ostösterreich. Hatten die Grundherren bis ins 16. Jh. danach gestrebt, ihren Boden bäuerlichen Untertanen zur Bearbeitung zu überlassen und deren Abgaben einzuziehen, gingen sie nun daran, die Pachtgründe aufzulassen und in die Eigenwirtschaft einzugliedern. Die verbliebenen Untertanen hatten das Gutsland durch wesentlich gesteigerte Roboterleistungen zu bewirtschaften.

Der Übergang vom Feudalismus zum höfischen Absolutismus war von

mehr oder wenige gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den an zunehmender Zentralisierung interessierten Landesfürsten und den um ihre politische Rolle ringenden Ständen begleitet. Einen ersten Höhepunkt in diesem Konflikt bildete der Versuch der Wiener Stadtbürger im Interregnum nach dem Tod von Maximilian I., Landtagsbeschlüsse von der Notwendigkeit landesfürstlicher Zustimmung zu befreien. In diesem Ringen unterlagen die Wiener, womit den konstitutionellen Bestrebungen der Städte in Österreich das Rückgrat gebrochen war.

Der Gegensatz zwischen Adel und Landesfürsten verschärfte sich im Zuge der konfessionellen Spaltung durch die Reformation im 16. Jh. und erreichte seinen Höhepunkt im Aufstand der böhmischen und ostösterreichischen Stände Anfang des 17. Jh.s. Durch die Niederlage am Weißen Berg 1620 fanden die aristokratischen Ambitionen, eine Art Adelsrepublik zu errichten, ein unwiderrufliches Ende. Die Ausschaltung der protestantischen Stände markierte einen wesentlichen Schritt Richtung Absolutismus.

„Staatsbildung in einem fürstlichen Staatswesen bedeutete ... Ausweitung von Herrschaftsrechten über immer breitere gesellschaftliche Gruppen und Inanspruchnahme von Ressourcen, die früher dem Herrscher nicht zur Verfügung gestanden waren, ... war ein Prozess der Herrschaftsintensivierung, der sozialen und rechtlichen Nivellierung der Einwohnerschaft eines Herrschaftsgebiets zu Staats-, Untertanen“ (S. 202). „Am Ende dieses Prozesses steht ein klar abgegrenztes Staatsgebiet und ein eindeutiges Rechtssetzungs-, Steuer- und Gewaltmonopol des so entstandenen Staates“ (S. 203). Die flächenhafte Bürokratisierung setz-

te allerdings erst unter Maria Theresia ein.

Die Unterwerfung des Adels unter den Landesfürst fand ihren Ausdruck in der Bindung an den Hof. Die Mitglieder des Hofadels besetzten alle wichtigen Hofämter, erhielten von den Habsburgern in feudaler Tradition große Ländereien überlassen, wurden also in kurzer Zeit zu Großgrundbesitzern. Bürgerliche Juristen, Händler und Financiers, welche die Hofhaltung und die Kriegsführung finanzierten und denen Regalrechte (Mauten, Zölle), Monopole und Grundherrschaften pfandweise übertragen bzw. verkauft wurden, stiegen in den Adelsstand auf und gelangten in die soziale Nähe des alten Adels.

Eine wichtige Folge dieser Refeudalisierung des höfischen Adels war, dass die Landstände als Korporationen des Adels bis 1848 weiterbestanden und der Adel bis dorthin Grundherr bleiben konnte, obwohl er keine militärischen Leistungen mehr erbrachte und damit die Legitimation für die Ausbeutung der Bauern verloren hatte. „Adelig zu sein bedeutete in der höfischen Gesellschaft nicht mehr Innehabung einer Position, die man selbst erworben und verteidigt hatte, sondern Auskosten von Privilegien“ (S. 205).

Im Abschnitt über das 18. Jh. (Kap. 6) befasst sich Bruckmüller ausführlich mit den theresianisch-josephinischen Reformen: der „Staatsreform“ von 1749 und den Verwaltungsreformen ab 1742, den Rechtskodifikationen, den Bildungsreformen, dem Ausbau der staatlichen Kirchengewalt, der Weiterentwicklung der merkantilistischen Wirtschaftspolitik und den Reformen im bäuerlich-grundherrlichen System, welche die persönliche Rechtsstellung und die Besitzrechte der Bauern, die

Besteuerung und die Belastungen (Robot) der Bauernhöfe betrafen: „Alle diese rechtlichen Änderungen trugen zweifellos dazu bei, das System der feudalen Grundherrschaft, wie es sich in der vorausgegangenen Periode noch einmal stabilisiert hatte, weitgehend auszuhöhlen“ (S. 254).

Breiten Raum gibt der Autor in diesem Kapitel auch der Kulturgeschichte von Barock und Spätbarock sowie der Geistesgeschichte des Zeitalters der Aufklärung.

Vormärz

Im niederösterreichischen Industrieviertel breitete sich die industrielle Massenproduktion von Textilien schon während der Napoleonischen Kriege aus (1801 Pottendorfer Baumwollspinnerei). Das markierte jedoch noch nicht den endgültigen Durchbruch zur umfassenden Industrialisierung, denn in der wirtschaftlichen Krise der zweiten Hälfte der 1810er-Jahre geriet die Dynamik ins Stocken.

Erst im etwa 1825 einsetzenden Konjunkturaufschwung begann die breitere Substitution von Wasserkraft durch Dampfmaschinen in der Textilindustrie. „(M)it der Dampfmaschine aber begann jener Nachfrageschub, der nun immer weitere Bereiche erfasste und neben der Textilindustrie auch die Eisen- und Stahlindustrie sowie den Maschinenbau revolutionierte“ (S. 314), fasst Bruckmüller eines der wesentlichsten Merkmale der Ersten Industriellen Revolution, die bis in späte 19. Jh. andauerte, zusammen. Der Übergang zu anhaltendem wirtschaftlichen Wachstum – ein weiteres Schlüsselmerkmal – erfolgte in Österreich nach den wichtigen, aber abgerissenen Ansätzen des späten 18. und der

ersten Jahre des 19. Jh.s im Jahrzehnt zwischen 1825 und 1835 (Kap. 7). Die moderne Fabrikarbiterschaft entstand nicht in der Stadt, sondern im südlichen Niederösterreich.

Die Arbeiterschaft, also der erwerbstätige und irgendeine Form der Handarbeit ausübende Teil der Unterschichten, zeichnete sich im Vormärz durch große Vielfalt aus. Sie umfasste das landwirtschaftliche Proletariat, das häusliche Gesinde, die Masse der HeimarbeiterInnen und Hausindustriellen, die Gesellen und Kleinmeister des Handwerks und die ArbeiterInnen im Bergbau, in den Manufakturen und Fabriken, die noch eine Minderheit darstellten, aber besonders rasch an Zahl zunahm, schließlich die GelegenheitsarbeiterInnen und Tagelöhner.²

Nur mit geringer Verzögerung nach dem Einsetzen der Ersten Industriellen Revolution begann die Verkehrsrevolution, welche ersterer wesentlichen Vorschub und Breite verlieh: 1829 wurde die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft gegründet, und 1837 erfolgte die Inbetriebnahme des ersten Abschnitts der Nordbahn mit Dampflokomotiven. Die Gründungswelle in der Industrie hielt bis Mitte der 1840er-Jahre an.

Diese wirtschaftlichen und wirtschaftsstrukturellen Entwicklungen fanden ihren Niederschlag nicht nur in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft, sondern auch im Bürgertum: Zwischen 1770 und 1848 wuchsen die „bourgeoisien“ Gruppierungen stark an: privilegierte Fabriksinhaber und Manufakturisten, Verleger, Groß- und Spezialhändler, Spediteure und Privatbankiers. „Das Bürgertum als neue Klasse von ‚Besitz und Bildung‘ entsteht“ (S. 320). Im Aufblühen der Zivilgesellschaft, in immer mehr Vereinen, Inter-

essenverbänden, Zeitungen etc. fand das neue Selbstbewusstsein des vormärzlichen Bürgertums Ausdruck.

Der Band ist chronologisch in elf Kapitel gegliedert. Dabei entfallen auf das „lange 19. Jh.“ (1792-1918) rd. 190 Seiten der historischen Darlegung von insgesamt 630 Seiten, auf das 20. Jh. etwa 170 Seiten. Bruckmüllers Werk ist also weniger „endlastig“, als es Gesamtdarstellungen üblicherweise sind.

Zweite Republik

Das zweite der sechs Unterkapitel des letzten Abschnitts, welcher die Darstellung bis an die Jahrtausendwende führt, thematisiert „Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, Wohlfahrtsstaat, Sozialpartnerschaft“.

Nach zwei Jahren, in denen Hunger und Mangel regierten, sprang 1947 das Wirtschaftswachstum an, und schon 1949 war das industrielle Produktionsniveau von 1937 wieder erreicht. Ab 1948 sicherten der Marshall-Plan und andere internationale Hilfeleistungen, u. a. in der Form von neuen Maschinen für die Industrie und die Landwirtschaft, diese positive Tendenz ab. Die Erwartungen der Unternehmer und der Verbraucher stabilisierten sich und gaben den Anstoß zu weiteren Investitionen. Infolge der Zerstörungen war die Nachfrage nach Grundstoffen (Eisen, Stahl, Baustoffe) und Investitionsgütern sehr hoch, und das Wirtschaftswachstum wurde in erster Linie von den Kapitalgüterbranchen getragen.

Nach der Stabilisierungskrise von 1952/53 begann auch in Österreich die goldene Ära des fordistischen Kapitalismus, die bis 1974 anhalten sollte: Das reale BIP-Wachstum belief sich 1953-1962 auf durchschnittlich 6,1%,

1962-1967 auf 4,2% und 1967-1974 auf 5,2%!³

Der Eindämmung der Inflation diente eine sozialpartnerschaftliche Einkommenspolitik. Die Lohn-Preis-Abkommen Anfang der 1950er-Jahre „waren das Symbol für die Einbindung der Arbeitnehmerschaft in die Gestaltung der Wirtschaftspolitik – ein großer Unterschied zu allen früheren Epochen!“ (S. 587). Die Schaffung der für die Mitwirkung der Sozialpartner an der Wirtschafts- und Sozialpolitik wesentlichen – informellen – Institutionen erfolgte 1957 (Paritätische Kommission) und 1963 (Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen).

In dieser Ära wurde zudem das wohlfahrtsstaatliche System in erheblichem Maße ausgebaut und vertieft, dessen Hauptfunktion darin bestand und besteht, die Menschen gegen die wichtigsten Risiken (Krankheit, Unfall, Alter, Arbeitslosigkeit) abzusichern. Das 1955 beschlossene ASVG regelte Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung für ArbeiterInnen und Angestellte. Unter der Kanzlerschaft von Bruno Kreisky (1970-83) erfuhren die gesellschaftspolitischen Reformen wesentliche Verbreiterung: Zum einen handelte es sich um nachholende Liberalisierungsmaßnahmen, z. B. was die rechtliche Stellung der Ehefrauen betraf, zum anderen um Reformen im Bildungsbereich, welche die soziale Mobilität in der österreichischen Gesellschaft stark erhöhten.

Wie das keynesianische Konzept der makroökonomischen Steuerung, deren Anwendung mit ausschlaggebend für die im internationalen Vergleich günstige wirtschaftliche Entwicklung Österreichs bis 1995 war,⁴ politisch wirksam werden konnte, darauf geht Bruckmüller nicht näher ein.⁵

Der Gebrauchswert des Bandes als Nachschlagewerk wird durch ein Personen- und Ortsregister wesentlich erhöht. Vielleicht kann der nächsten Auflage ein Sachregister angefügt werden. Aus wissenschaftlicher Perspektive ist das Fehlen eines Anmerkungsapparats sehr zu bedauern.

Ernst Bruckmüller ist eine rundum überzeugende, weil flüssig geschriebene, komplexe Zusammenhänge verständlich und anschaulich beschreibende und analysierende, sehr vielfältige Aspekte aufgreifende und dennoch kompakte Überblicksdarstellung gelungen. Dieses neue einbändige Standardwerk zur Geschichte Österreichs wird LeserInnen weit über den Kreis der FachhistorikerInnen hinaus interessieren.

Martin Mailberg

Anmerkungen

- ¹ Butschek (2011) 55.
- ² Zur Entstehung der Arbeiterklasse siehe Kocka (2015).
- ³ Wifo-Datenbank, zitiert aus Butschek (2011) 300, 320, 334.
- ⁴ Siehe dazu Chaloupek, Marterbauer (2008); Mesch (2018).

- ⁵ Siehe dazu die Beiträge von Günther Chaloupek, Alois Guger und Johannes Feichtinger in Mesch (Hrsg., 2016).

Literatur

- Butschek, Felix, Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart (Wien 2011).
- Chaloupek, Günther; Marterbauer, Markus, Was bleibt vom Austro-Keynesianismus? Dauerhafte Wirkungen der post-keynesianischen Wirtschaftspolitik in Österreich 1970-1995, in: Hagemann, Harald; Horn, Gustav; Krupp, Hans-Jürgen (Hrsg.), Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Festschrift für Jürgen Kromphardt (Marburg 2008) 45-67.
- Kocka, Jürgen, Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse (Bonn 2015).
- Mesch, Michael (Hrsg.), Wie kam der Keynesianismus nach Österreich? (=Die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit, Bd. 2, Wien 2016).
- Mesch, Michael, Zur makroökonomischen Politik in der Ära Kreisky. Rezension von: Christian Dirninger, Austro-Keynesianismus. Zur wirtschaftspolitischen Rolle des Staates, in: Wirtschaft und Gesellschaft 44/2 (2018) 235-246.